

Ist der Konservatismus reformfeindlich?

HENNING FRANK

Ist der Konservatismus reformfeindlich? Von seinen Kritikern wird das immer wieder behauptet. Doch abgesehen davon, daß dabei nur allzugern konservativ mit reaktionär gleichgesetzt wird, haben gerade konservative Politiker schon oft genug bewiesen, wie unberechtigt dieser Vorwurf im Grunde genommen ist. Das konservativ regierte Rheinland-Pfalz ist seit dem Einzug Helmut Kohls in das Kurfürstliche Schloß in Mainz sogar zu einem der reformfreudigsten Bundesländer überhaupt geworden. In keinem anderen Land der Bundesrepublik ist die Verwaltungsreform so weit fortgeschritten wie in Rheinland-Pfalz. Und auch die Bildungspolitik von Kohls Kultusminister Bernhard Vogel, dem jüngeren Bruder des Münchener Ex-Oberbürgermeisters, scheint zu bestätigen, daß Reformen zwar in der Regel von den Progressisten gefordert, aber meist von den Konservativen verwirklicht werden.

Wohlgermerkt, systemerhaltende Reformen und nicht solche, die unter dem schillernden Wort Demokratisierung das Gesellschaftssystem der Bundesrepublik grundlegend verändern sollen und damit praktisch die Fundamente des Staates zerstören. Diese können nur erhalten und gefestigt werden, wenn aus Wohlstandsbürgern wirkliche Staatsbürger werden. Eben das ist angesichts der „Ohne mich“-Haltung weitester Kreise der Bevölkerung gegenüber dem Staat, die lange Zeit von allen Parteien wenn nicht gefördert, so doch stillschweigend hingenommen wurde, leichter gesagt als getan. Schließlich war bei den politischen Parteien bisher nicht so sehr der mündige Staatsbürger als vielmehr der Wähler gefragt, um dessen Stimme man mit einer Politik der andauernden wirtschaftlichen Prosperität warb und auch heute noch wirbt. Die Bereitschaft, sich für einen solchen zu engagieren oder ihn notfalls sogar zu verteidigen, ist dementsprechend gering. Verständlich, daß die freiheitlich-demokratische Grundordnung in der Bundesrepublik ständig in Gefahr ist, von den links- und rechtsradikalen Kräften unterwandert zu werden. Um so verdienstvoller ist es, daß sich um den rheinland-pfälzischen Justizminister Otto Theisen ein Kreis konservativer Politiker, Wissenschaftler und Juristen geschart hat, der es sich zur Aufgabe gesetzt hat, eine Strategie der Vorwärtsverteidigung für unsere Demokratie zu entwickeln. Wie schwer das allerdings ist, bekamen die Mitglieder des Bitburger Kreises schon bei ihrer ersten Zusammenkunft Ende Mai in der Südeifel zu spüren. Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Gebhard Müller, der Rechtsexperte der CDU-Bundestagsfraktion Friedrich Vogel, der Bochumer Rechtswissenschaftler Kurt Biedenkopf und viele andere mehr oder weniger prominente Teilnehmer lieferten zwar glanzvolle Analysen der gegenwärtigen Situation unserer Gesellschaft. Doch einen Beitrag zu dem von Theisen geforderten Konzept einer Vorwärtsverteidigung unserer auf Frei-

heit und Gemeinwohl ausgerichteten Gesellschaftsordnung gegenüber dem System der totalitären Unfreiheit vermochte keiner von ihnen zu leisten. Dazu beschäftigte man sich allzusehr mit den Versäumnissen der Vergangenheit. Das war aber bei diesem ersten Gespräch des Bitburger Kreises, der künftig zweimal im Jahr in der Abgeschiedenheit der Südeifel zusammentreten will, auch gar nicht anders zu erwarten. Schließlich ist ohne eine gründliche Bestandsaufnahme, ohne eine Darstellung und Deutung des Bestehenden, eine zukunftsweisende konservative Reformpolitik undenkbar. Wenn es in den kommenden Gesprächen dem Bitburger Kreis gelingt, dafür einen Weg zu bahnen, ist schon ein großer Schritt vorwärts auf dem Weg zu der in der Tat dringend notwendigen Vorwärtsverteidigung unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung getan.

(Deutschlandfunk, Köln — 24. August 1972)